

13. Dezember 2024



Steuern + recht newsflash

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Einigung auf ein deutlich reduziertes Steuerfortentwicklungsgesetz

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben sich heute überraschend auf die Umsetzung von ausgewählten Maßnahmen aus dem Gesetz zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs (Steuerfortentwicklungsgesetz) noch vor der vorgezogenen Bundestagswahl verständigt. Politisch hoch umstrittene Maßnahmen, allen voran die geplante Einführung einer nationalen Mitteilungspflicht für Steuergestaltungen, sind nicht Bestandteil dieser Einigung.

Nach dem Ende der Ampelkoalition war unklar, ob und in welcher Form das Steuerfortentwicklungsgesetz in dieser Legislaturperiode noch umgesetzt wird (vgl. hierzu den [PwC-Blogbeitrag](#)). Während die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich in der Sitzung des Finanzausschusses des Bundestages am 4.12.2024 dafür ausgesprochen hatten, das Steuerfortentwicklungsgesetz in seiner ursprünglichen Form noch in diesem Jahr zu verabschieden, hatten FDP und CDU/CSU ihre Zustimmung verweigert. Insbesondere die geplante Einführung einer nationalen Mitteilungspflicht für Steuergestaltungen hatten beide Fraktionen entschieden abgelehnt. Ausgewählte Maßnahmen aus dem Steuerfortentwicklungsgesetz sollen nun offenbar doch noch vor der vorgezogenen Neuwahl umgesetzt werden. Derzeit ist geplant, dass der Bundestag dem reduzierten Maßnahmenpaket noch in der nächsten Woche seine Zustimmung erteilt. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine entsprechende Beschlussempfehlung des Finanzausschusses des Bundestages, die dieser in seiner nächsten Sitzung am 18. Dezember 2024 verabschieden müsste. Ob die CDU/CSU-geführten Länder dem reduzierten Gesetz im Bundesrat ihre Zustimmung erteilen werden, ist derzeit noch offen.

Dem Vernehmen nach soll das reduzierte Steuerfortentwicklungsgesetz nunmehr die folgenden Maßnahmen vorsehen:

- Anhebung des Grundfreibetrags in § 32a Abs. 1 EStG für den Veranlagungszeitraum 2025 um nunmehr 312 EUR auf 12.096 EUR (im Regierungsentwurf war noch eine Anhebung um 300 EUR vorgesehen) sowie der übrigen Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs (mit Ausnahme des sog. Reichensteuersatzes); weitere Anhebung ab dem Veranlagungszeitraum 2026
- Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags für den Veranlagungszeitraum 2025 um 60 EUR; weitere Erhöhung ab 2026

- Anhebung des Kindergeldes gem. § 66 EStG von 250 EUR auf 255 EUR ab 2025; weitere Erhöhung ab 2026

Nicht mehr Gegenstand des reduzierten Steuerfortentwicklungsgesetzes sollen dem Vernehmen nach insb. die folgenden Maßnahmen sein:

- Einführung einer nationalen Mitteilungspflicht für Steuergestaltungen
- Steuerliche Verbesserungen mit Blick auf die E-Mobilität (Einführung einer arithmetisch-degressiven Sonderabschreibungsmöglichkeit für rein elektrisch betriebene Fahrzeuge i.S.d. § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG und vergleichbare Nullemissionsfahrzeuge, die nach dem 30.6.2024 und vor dem 1.1.2029 neu angeschafft werden; Erhöhung des maximalen Bruttolistenpreises bei der Dienstwagenbesteuerung (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 Nr. 3 sowie Satz 3 Nr. 3 EStG) für E-Fahrzeuge, die nach dem 30.6.2024 angeschafft werden)
- Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen (u.a. Streichung der Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten für geringwertige Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 Satz 4 und 5 EStG); Anhebung der Wertgrenzen für die sog. Sammelabschreibung gem. § 6 Abs. 2a EStG für Wirtschaftsgüter, die nach dem 31.12.2024 angeschafft oder hergestellt wurden; Verlängerung der degressiven Abschreibung gem. § 7 Abs. 2 EStG bis 2028)
- Ausweitung der Forschungszulage durch neuerliche Erhöhung der Bemessungsgrundlage für nach dem 31.12.2024 entstandene förderfähige Aufwendungen (§ 3 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 FZulG-E)
- Abschaffung der Lohnsteuerklassenkombination III/V und Überführung in das Faktorverfahren der Lohnsteuerklasse IV
- Anpassungen bei den Regelungen zur Gemeinnützigkeit

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

[E-MAIL SENDEN](#)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.



Bestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Für neue Interessenten besteht die Möglichkeit, sich über den folgenden Link als Abonnent registrieren zu lassen:

ANMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: +49 171 7603269
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: +49 171 5503930
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen.

© 2024 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.